



Ausbildungspakt muss eine ganz neue Dynamik entfalten ...

Interview mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, MdB

BWP_ Frau Ministerin, der Koalitionsvertrag sieht vor, noch in dieser Legislaturperiode die Strukturen der beruflichen Bildung entscheidend zu verbessern. Welche konkreten Ziele haben Sie sich hier gesteckt?

Schavan_ Die Bundesregierung hat sich in der Koalitionsvereinbarung klar zur Bedeutung von Bildung, Ausbildung und Qualifizierung bekannt. Neben der Fortführung des Ausbildungspaktes habe ich den Innovationskreis Berufliche Bildung einberufen. In diesem Kreis entwickeln Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft, aus beruflichen Schulen und Unternehmen sowie der Sozialpartner und der Länder gemeinsam Strategien und Lösungsvorschläge für strukturelle Verbesserungen in der beruflichen Bildung.

Wir haben dafür gemeinsam Handlungsfelder identifiziert. Das sind zunächst einmal die veränderten Anforderungen an die Qualifikation der jungen Menschen. Dann geht es uns um einen besseren Übergang von der Schule in die Ausbildung und von der beruflichen Ausbildung in die Hochschulen. Schließlich sind die europäischen Herausforderungen ein Thema für den Kreis.

BWP_ Worum geht es dabei konkret?

Schavan_ Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir in forschungsnahen Bereichen, in den innovativen Branchen und jenen mit wachsender Beschäftigung eine neue Ausbildungskultur etablieren. Außerdem wollen wir mehr für die Jugendlichen tun, die aus unterschiedlichen Gründen Probleme beim Übergang in eine Ausbildung haben. Dazu gehört eine bessere Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Mir liegt aber

auch die Nachqualifizierung für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss am Herzen.

Wir sind uns einig darin, dass die traditionelle Abgrenzung der verschiedenen Bildungsbereiche überwunden wird und aufeinander aufbauende Fortbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dazu gehört der Ausbau von Zusatzqualifikationen sowie verbesserte Anrechnungsmöglichkeiten vor allem der beruflichen Bildung für den Hochschulbereich. Darüber hinaus erörtern wir die wachsende europäische Integration. Mit einer größeren Mobilität werden wir auch eine bessere Transparenz, Anrechnung und Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen in der Europäischen Union erhalten.

BWP_ Welchen Beitrag können aus Ihrer Sicht Berufsbildungsforschung und das Bundesinstitut für Berufsbildung zu der angesprochenen Strukturverbesserung leisten?

Schavan_ Wer aktive Bildungspolitik betreibt, kann auf die Daten der Bildungsforschung nicht verzichten. Das BIBB liefert als zentrale Einrichtung der Bundesregierung für Forschung, Förderung und Erarbeitung von Rechtsverordnungen im Bereich der beruflichen Bildung, hier einen unverzichtbaren Beitrag. Das neue Forschungsprogramm 2006 des Bundesinstituts und seine Beratung durch den neu eingesetzten Wissenschaftlichen Beirat wird dies weiter verbessern.

Darüber hinaus wird das BMBF den für seine Initiative zur Berufsbildungsforschung entstehenden weiteren Datenbedarf in Forschungsaufträgen ausschreiben.

BWP_ Stichwort Ausbildungsplätze – das Thema dieser BWP-Ausgabe: Das Ausbildungsplatzangebot und die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sind in diesem Jahr – nicht zuletzt aufgrund rückläufiger Beschäftigung – erneut zurückgegangen. Muss der Ausbildungspakt grundlegend reformiert werden oder müssen schulische Angebote ausgebaut werden?



DR. ANNETTE SCHAVAN
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Kein
Abschluss
ohne
Anschluss!

Schavan_ In der Tat muss der Ausbildungspakt in diesem Jahr noch eine ganz neue Dynamik entfalten. Um dem Bedarf an beruflicher Bildung zu entsprechen, brauchen wir sowohl neue betriebliche Ausbildungsplätze in Branchen mit wachsender Beschäftigung als auch vollzeitschulische Ausbildungsangebote, die für den Arbeitsmarkt qualifizieren.

BWP_ Was wollen die Paktpartner dafür tun?

Schavan_ Wir haben im Pakt-Lenkungsausschusses vereinbart, dass alle Akteure ihre Anstrengungen zur Mobilisierung von neuen Ausbildungsplätzen unvermindert weiterführen.

Die Bundesregierung wird das Bund-Länder-Sonderprogramm des BMBF für die neuen Ländern sowie das Programm zur Einstiegsqualifizierung für Jugendliche des BMAS fortführen. Das neue BMBF-Programm Jobstarter wird in Regionen mit ungünstiger Ausbildungsplatzsituation das betriebliche Ausbildungsangebot verbessern. Bis zum Jahr 2010 stehen dafür 100 Millionen Euro zur Verfügung. Das BIBB wird das Programm umsetzen.

BWP_ Auch in typischen Frauenberufen sind Frauen die Verlierer auf dem Lehrstellenmarkt. So ging die Frauenquote sogar bei der Ausbildung in den Dienstleistungsberufen zurück. Welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung ergriffen, um die Integration von Frauen in Ausbildung und Beschäftigung zu verbessern?

Schavan_ Frauen sind nicht die Verlierer der Ausbildung. Im Gegenteil: Mädchen erreichen bessere und höhere Schulabschlüsse als Jungen. 42 Prozent der neuen Ausbildungsverträge werden von jungen Frauen abgeschlossen. In den Hochschulen sind junge Frauen mit rund 50 Prozent unter den Studierenden gleichberechtigt vertreten.

Allerdings wählt die Mehrheit der jungen Frauen immer noch eher frauentypische Ausbildungsbereiche mit geringeren Aufstiegschancen. Wir müssen ihr Spektrum für die Berufswahl in Richtung auf zukunftssträchtige, naturwissenschaftlich-technische Berufe erweitern.

Die Bundesregierung wird die Bedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am Erwerbsleben und die Erhöhung ihres Beschäftigungsanteils weiter verbessern. Dazu gehört ganz wesentlich der Ausbau der Kinderbetreuung. Die Kinderbetreuungskosten sollen künftig als Werbungskosten steuerlich berücksichtigt werden können. Auch das neue Elterngeld wird einen wichtigen Beitrag für die berufliche Gleichstellung der Frauen leisten.

BWP_ Frau Ministerin, in der Föderalismusreform sehen Sie neue Chancen für die Bildung in Deutschland. Welche Auswirkungen hat nach Ihrer Auffassung die geplante Reform auf den Bereich der beruflichen Bildung?

Schavan_ Die Föderalismusreform wird die bundesstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland modernisieren und wieder klare Verantwortlichkeiten schaffen. Für die berufliche Bildung ergeben sich durch die Reform keine Veränderungen. Die bildungspolitischen Kernkompetenzen des Bundes, also die berufliche Bildung und die berufliche Weiterbildung, bleiben erhalten.

BWP_ Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen ist einer der Schlüsselbegriffe in der Diskussion um die Weiterentwicklung des Bildungssystems. Dabei ist vor allem an die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung sowie die Schnittstellen zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung gedacht. Wo sehen Sie hier die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Schavan_ Deutschland muss als Wissensgesellschaft alle Begabungsreserven ausschöpfen. Innerhalb des Bildungssystems müssen dafür die noch bestehenden Barrieren abgebaut werden. Bildungsverläufe außerhalb des tradierten allgemein bildenden Systems dürfen nicht mehr in Sackgassen enden. Kein Abschluss darf ohne Anschluss bleiben. Dies haben wir in der Koalitionsvereinbarung verabredet. Eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung soll so künftig die Türen zu Fachhochschulen und Universitäten öffnen und die Kompetenzen für ein Studium angerechnet werden. Derzeit fördern wir an elf Hochschulstandorten Projekte, in denen Äquivalenzen und Anrechnungsmöglichkeiten zwischen Fortbildungen und Studiengängen untersucht werden. Ziel ist weitgehende Standardisierung.

BWP_ Auf europäischer Ebene hat die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung eine beachtliche Dynamik erreicht. Die Entwicklung gemeinsamer Transparenz- und Mobilitätsinstrumente wie der Europäische Qualifikationsrahmen oder das Credit Transfer System beeinflusst die Diskussion um die Entwicklung des nationalen Bildungssystems. Welche Chancen oder Risiken sehen Sie hier für Deutschland?

Schavan_ Ich sehe in der europäischen Entwicklung vor allem große Perspektiven. Gemeinsame Transparenz- und Anerkennungsmechanismen werden nicht nur auf der europäischen Ebene sondern auch national die Mobilität und Durchlässigkeit der Bildungssysteme verbessern. Deutschland wird diesen Prozess weiterhin sehr aktiv mitgestalten und dabei natürlich auch die international hoch angesehene duale Berufsausbildung einbringen. Die deutsche Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr bietet hierfür eine ausgezeichnete Chance. ■